

Generalsekretärin Angela Merkel:

„Rente ab 60“ – teuer und wirkungslos

Zur Debatte um die „Rente ab 60“ erklärte Generalsekretärin Angela Merkel: Der Salto rückwärts von Bundeskanzler Schröder und Arbeitsminister Riester bei der „Rente ab 60“ zeigt wieder einmal die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung. Noch vor einer Woche war der Kanzler der Meinung, dass dieses Modell nicht finanzierbar sei. Nun wälzt sein Arbeitsminister die Verantwortung – und die Finanzierungslasten – auf die Tarifpartner ab und weckt damit Illusionen. Warum geht Riester einseitig auf eine Einzelgewerkschaft ein und verlangt nicht vorher eine Einigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern insgesamt?

Das Modell der „Rente ab 60“ mit Tariffonds wird sich als genauso teuer wie wirkungslos erweisen. Teuer, weil sich bis zum Ende des Jahres 2004 die Kosten auf über 50 Milliarden DM addiert haben werden. Wirkungslos, weil ohnehin in Deutschland nur knapp 39 Prozent der 55- bis 64-jährigen erwerbstätig sind. Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger schätzt, dass in den nächsten fünf Jahren allenfalls 400.000 Personen den Frühruhestand nutzen werden. Nach den Erfahrungen mit der Frührenten in den 80er und frühen 90er Jahren, in de-

HEUTE AKTUELL

● Projekt 21

Stimmen aus der Partei zum Familienpolitischen Leit Antrag der CDU. Seite 3

● Vermögensabgabe

Neidkampagne soll verlorene Wählerstimmen zurückholen. Seite 5

● CDU

Herbstkampagne der Hessischen CDU mit über 300 Veranstaltungen wurde ein großer Erfolg. Seite 6

● Haushalt

Mutige Steuerreform würde den Bundeshaushalt entlasten. Seite 7

● Entwicklungspolitik

Bevölkerungspolitische Forderungen anlässlich des „Tages der 6 Milliarden“. Seite 18

● Dokumentation

Erstklassige und bezahlbare Gesundheitsvorsorge für alle.

Beschluss des Bundesfachausschusses Gesellschafts- und Sozialpolitik. Grüner Teil

Gerade die Rentner sind mit der CDU gut gefahren

Die Bürger und gerade auch die Rentner haben von der stabilitätsorientierten Geldpolitik in den vergangenen 16 Jahren profitiert. Unter Verantwortung der SPD lag die Inflation mit durchschnittlich 5,1 Prozent doppelt so hoch wie in den achtziger Jahren. Die Rentnerhöhungen lagen unter Verantwortung der CDU regelmäßig über dem Preisanstieg. Gerade die Rentner sind mit der CDU gut gefahren.

Auch in den 90er Jahren konnten sich die Rentner auf die CDU verlassen. Die Renten stiegen entsprechend den Nettolöhnen kontinuierlich an. Rentenkürzungen gab es – entgegen aller anderslautender Behauptungen – nicht.

Der Grundsatz der Lohnbezogenheit der Rente ist ein konstituierendes Prinzip der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Rentner nehmen dadurch in gleichem Maße an der wirtschaftlichen Entwicklung wie die Arbeitnehmer, die ihre Renten über Beiträge finanzieren. Haben die Beitragszahler hohe Lohnzuwächse, sollen auch die Rentner an dieser Entwicklung

partizipieren, sind die Lohnzuwächse hingegen – beispielsweise um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen – vergleichsweise geringer, so steigen auch die Renten langsamer. Die Rentner haben dadurch ihren solidarischen Beitrag für den Aufbau Ost geleistet. Eine willkürliche Aussetzung der Nettolohnbezogenheit zerstört diesen Zusammenhang zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern.

In den vergangenen Jahren waren die Tarifabschlüsse aufgrund der Arbeitsmarktsituation vergleichsweise moderat. Aus den gemeinsamen Anstrengungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und der zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik der CDU-geführten Bundesregierung resultierte der vergleichsweise hohe Lohnanstieg des letzten Jahres, der sich zum 1. Juli in der entsprechenden Rentenanpassung niedergeschlagen hat. Wenn die Schröder-Regierung nun die Nettolohnanpassung aussetzt, werden die Rentner nicht an diesen Früchten beteiligt. Dies ist nicht nur ungerecht, sondern stellt letztlich auch das gesamte Rentensystem in Frage.

Fortsetzung von Seite 1

nen nur etwa jeder siebte freigewordene Arbeitsplatz neubesetzt wurde, ist mit keinen nennenswerten Arbeitmarkteffekten zu rechnen. Selbst der DGB geht von maximal 150.000 Neubesetzungen aus.

All das sollen die Jungen mit einer zusätzlichen Abgabe bezahlen. Sie finanzieren damit den früheren Ruhestand der Älteren, wohl wissend, dass sie selbst davon nichts haben werden. Ob als Sozialversicherungsbeiträge ausgewiesen oder als Tariffonds-Abgabe getarnt: Die Belastungen der Arbeitnehmer und der Un-

ternehmen müssen gesenkt anstatt weiter erhöht werden. Deshalb brauchen wir strukturelle Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung und den anderen Zweigen der Sozialversicherung sowie eine Politik der Steuersenkung und Steuervereinfachung. Nur auf diese Weise können Arbeitsplätze geschaffen und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gesteigert werden.

Die „Rente ab 60“ dagegen ist ein fundamentaler Irrweg, der unsere Arbeitsmarkprobleme langfristig nicht lösen, sondern verschärfen wird.

Projekt 21:

Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung

Stimmen der Partei zum Leitantrag der CDU:

Rainer Eppelmann MdB, Bundesvorsitzender der CDA-Sozialausschüsse auf der Bundesvorstandssitzung der CDA am 16./17.10.1999 in Königswinter spricht von familienpolitischer Revolution und wertet den CDU-Leitantrag als „riesigen Schritt in eine kinderfreundliche Gesellschaft“. „Die CDU modernisiert ihre Programmatik. Es ist überfällig, dass wir uns mit dem Bild über Familie und Zusammenleben mitten im Leben ansiedeln. Der Staat ist nicht der Vormund seiner Bürger, wenn es um Herzenanliegen geht. Alle Partnerschaften, die auf Treue, Verlässlichkeit und Fürsorge ausgerichtet sind, verdienen unsere Unterstützung. Das gilt auch für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Hier sollte auch die Möglichkeit eingeräumt werden, eine eingetragene Partnerschaft zu begründen.“ Eppelmann, der auch Mitglied im Präsidium der CDU ist: „Mit neuen Ideen erobert die Union ihre Familienkompetenz zurück. Wir wollen keine unbezahlbaren Wolkenkuckucksheime, sondern endlich die Leistung der Familien für die Gesellschaft anerkennen.“

HERMANN-JOSEF ARENTZ Mdl

Vize-Chef der Sozialausschüsse der CDA nannte den Entwurf „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung eine „kleine Revolution“. Im Antrag verlangt die CDU ein „Familiengeld“, das deutlich über Erzie-

hungs- und Kindergeld zusammen liegt und die Familienarbeit im Vergleich zur klassischen Erwerbsarbeit aufwerten soll. Ein „Quantensprung“ sei auch die CDU-Forderung nach Dynamisierung aller familienpolitischen Leistungen. So werde das „unwürdige Gezerre über 10 Mark mehr oder weniger Kindergeld endlich beendet“.

RITA SÜSSMUTH MdB, Bundesvorsitzende der Frauen-Union:

„Der Leitantrag berücksichtigt ein breites Spektrum an Lebensentwürfen und -planungen. Frauen, die sich für Familie und Hausarbeit entscheiden, werden ebenso angesprochen wie Frauen, die Beruf und Familie vereinbaren. Auch die Problematik des Wiedereinstiegs in den Beruf findet ausreichende Berücksichtigung. Leider fehlt bei den Aussagen zum Familiengeld die konkrete Nennung von Zahlen. Dies ist jedoch Voraussetzung dafür, daß ein solches Instrument der finanziellen Familienförderung überhaupt in die Praxis umsetzbar ist. Das gilt ebenso für die Familiengutscheine, bei denen keine konkreten Finanzierungsmöglichkeiten genannt werden“.

ANNETTE SCHAVAN, stellvertretende Parteivorsitzende der CDU fordert in der „Berliner Morgenpost“ vom 18. Oktober 1999

Reformen in der Familienpolitik: „Das ist in meinen Augen keine radiale Veränderung, sondern eine notwendige Weiterentwicklung. Eine Aufweichung gibt es nicht, solange wir unser Leitbild klar formulieren. Das geschieht in dem Antrag. Niemand kann heute so tun, als hätten wir nicht längst Alleinerziehende als Lebenswirklichkeit akzeptiert.“

Bei der Familienförderung hat die CDU in den achtziger Jahren erste Weichenstellungen vorgenommen, die von der SPD teilweise abgelehnt wurden. Ich sehe auch jetzt noch nicht, was die konkreten Schritte der Bundesregierung sein werden, um das, was wir zugrunde gelegt haben, weiterzuführen. Aber selbstkritisch sagen wir, wir hätten weitere Schritte tun müssen.

Die Säulen unseres Familienbildes sind Verlässlichkeit, Dauerhaftigkeit und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Wir können nicht aus dieser familienpolitischen Debatte herauskommen ohne einen wirksamen Beitrag zur Verbesserung der Lage kinderreicher Familien. Es geht um eine Umschichtung. Prioritäten müssen so gesetzt werden, dass kinderreiche Familien eine deutliche Verbesserung erfahren. Frauen, die möglicherweise viele Kinder groß gezogen haben, aber selbst niemals als Arbeitnehmerinnen tätig waren, dürfen bei der Weiterentwicklung der Alterssicherung nicht so behandelt werden, als gäbe es nur Frauen, die im Erwerbsleben waren. Die Mehrheit der Frauen in Deutschland möchte berufstätig sein, ohne auf Familie zu verzichten. Das kann aber nicht dazu führen, die Frauen, die ihr Leben nicht primär als Erwerbsbiographie sehen, aus dem Blick zu verlieren. Deshalb muss es eine Regelung geben, die der tatsächlichen Vielfalt der Lebenswege gerecht wird“.

HILDEGARD MÜLLER, Bundesvorsitzende der Jungen Union im „Kölner Stadt-Anzeiger vom 15. Oktober 1999:

„Auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf dringt die JU seit langem. Den Wunsch, Familie und Beruf miteinander zu verbinden, sehe ich bei vielen jungen Frauen. Wir haben den Vorschlag eines „Rentensplittings“ gemacht innerhalb einer Generation, also zu unterscheiden zwischen Kinderlosen und Paaren mit Kindern. Jede Generation ist ja nicht nur für die Beitragszahlung verantwortlich,

sondern auch für künftige Beitragszahler. Außerdem wollen wir als Junge Union das tun, was wir von der ganzen Partei erwarten. Diesen Antrag der CDU zur Familie - so etwas hätte es vor einem halben Jahr nicht gegeben. Aber das reicht noch nicht. Wir müssen über die Tagespolitik hinaus neue Konzepte entwickeln.

HANS-PETER REPNIK MdB in seinem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ vom 15. Oktober 1999:

Die CDU nimmt Abschied vom traditionellen Familienbild. Was ist dann noch konservativ in der CDU?

Wir haben in der Vorlage deutlich gemacht, dass Ehe und Familie nach wie vor die erstrebenswerte, für die Gesellschaft beste Keimzelle ist, die es zu fördern gilt. Das ist die eine grundsätzliche Aussage. Auf der anderen Seite kann sich eine Partei wie die CDU bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen nicht entziehen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich die Lebensweisen und -verhältnisse geändert haben. Darauf gilt es zu reagieren. Deshalb sagen wir, Familie findet dort statt, wo Eltern mit Kindern leben, wo sie füreinander da sind. Und es kann nicht bestritten werden, dass auch in Lebensgemeinschaften ohne Trauschein ein hohes Maß an Fürsorge, Verantwortung, Zuneigung, Liebe vorhanden sein kann.

Die CDU will künftig homosexuelle Partnerschaften respektieren. Was heißt das eigentlich?

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass immer mehr homosexuelle Paare in einer Lebensgemeinschaft leben, auch Verantwortung füreinander übernehmen. Dies zu respektieren ist eine Aussage, die wir so bisher nicht getroffen hatten und die mit Sicherheit auch in den nächsten Wochen noch zu erheblichen innerparteilichen Diskussionen führen wird. Ich halte sie dennoch für richtig.

Vermögenssteuer:

Neidkampagne soll verlorene Wählerstimmen zurückholen

Zu dem Plan des SPD-Vorstandes, in seinem Leit Antrag zum Parteitag die Erhebung einer „Vermögenssteuer“ vorzuschlagen, erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, MdB Hansjürgen Doss:

Nach vielen Dementis und Täuschungsmanövern ist die Katze jetzt aus dem Sack. Der SPD-Vorstand will in seinem Leit Antrag zum Parteitag im Dezember die Erhebung einer Vermögenssteuer vorschlagen. Dieser Antrag macht keinen Sinn, da nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes die Vermögenssteuer nur dann erhoben werden darf, wenn sie zusammen mit anderen Steuern nicht mehr als die Hälfte der Erträge ausmacht. Bei den nach wie vor hohen Einkommensteuersätzen müssten daher aber gerade die von der SPD zum Abkassieren anvisierten „Einkommensmillionäre“ und

„Vermögensmillionäre“ ausgenommen werden. Das sozialistische Standortfeindbild wird nicht getroffen.

Einem sehr hohen fiskalischen Aufwand wird ein minimaler Ertrag gegenüberstehen, der einmal mehr zulasten der neuen Mitte geht. Das ist Wahlbetrug pur.

Der wirkliche Grund für die Entscheidung zu Gunsten der Vermögenssteuer ist jedoch die Tatsache, dass die SPD den im letzten Bundestagswahlkampf massiv geschürten Sozialneid nicht stillen kann und nun durch symbolhafte Maßnahmen nach zahlreichen Niederlagen den Abwärtssog zu stoppen versucht. Das ist Populismus pur.

Die Entscheidung der SPD schadet dem Standort Deutschland, da durch die erneute Steuerdiskussion Investoren davon abgehalten werden, in Deutschland Arbeitsplätze zu schaffen.

Sollen aus der von Ihnen beschriebenen Erkenntnis auch erbrechtliche und steuerrechtliche Konsequenzen gezogen werden?

Nein, wir wollen nicht so weit gehen, dass wir homosexuellen Lebensgemeinschaften einer ehelichen Lebensgemeinschaft gleichstellen, aber wir werden uns intensiver auch mit diesem Problem auseinandersetzen müssen.

JÜRGEN RÜTTGERS MdB, Landesvorsitzender der CDU NRW:

„Die Aussage, dass die CDU den Menschen mit ihrem familienpolitischen Konzept nicht vorschreibt, wie sie zu leben ha-

ben, ist eine Kernaussage des Leit Antrags von zentraler Bedeutung. Der Antrag ist ein innovatives politisches Konzept, das von einer breiten Öffentlichkeit sehr positiv aufgenommen werden wird. Positiv ist zu sehen, dass die CDU die finanzielle Förderung von Familien ebenso gewichtet wie die ideelle. Die Forderung, ein Familiengeld einzuführen, muss auch vor dem Hintergrund eines neuen Arbeitsbegriffes gesehen werden. Es wäre inkonsequent, Familienarbeit der Erwerbsarbeit gleichzusetzen, für diese Gleichsetzung aber keine konkreten Konzepte und Strategien vorzuschlagen“.

Rund 100.000 Menschen erreicht:

Aktionswoche der Hessen-CDU

Als überwältigenden Erfolg bezeichnete der Generalsekretär der CDU Hessen, **Herbert Müller**, die Herbstkampagne der hessischen Union. Nach Schätzungen seien durch die Kampagne rund 100.000 Menschen erreicht worden. An der Aktionswoche beteiligten sich alle 26 Kreisverbände mit mehr als 300 Veranstaltungen. Diese flächendeckende Beteiligung sei bezeichnend für den hohen Organisationsgrad und die Kampagnefähigkeit des hessischen Landesverbandes.

„Uns ist es gelungen, die Schwerpunkte und Erfolge in den ersten Monaten der Regierung Koch nachhaltig in der Öffentlichkeit darzustellen“, sagte Müller. Unter dem Motto „Jetzt geht's voran“ sei die Kernaussage übermittelt worden: „Die CDU setzt um, was sie vor der Wahl versprochen hat, und das tut Hessen gut. Das Land wird insgesamt auf einen neuen Kurs gebracht.“ Im Rahmen der Kampagne seien alle CDU-Minister mit dieser Botschaft in den Kreisverbänden aufgetreten. Zu den Veranstaltungen des CDU-Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Roland Koch, in Wiesbaden und Fulda, seien jeweils weit über 300 Personen gekommen. „Dieser

Zuspruch zeigt, dass die geradlinige Politik und die sichtbaren Veränderungen die Menschen beeindruckten. „Wir haben bereits viele unserer Versprechen eingelöst“, sagte der Unionspolitiker und verwies auf die Kernpunkte Bildung, Innere Sicherheit und Wirtschaftspolitik. Die Tatsache, dass die CDU sich bereits wenige Monate nach dem Wahlsieg wieder den Bürger präsentierte, sei ebenfalls äußerst positiv aufgenommen worden. „Nach den ersten überraschten Fragen, 'Ist schon wieder Wahlkampf?' haben die Leute gesagt, 'Macht weiter so', 'Ihr seid auf dem richtigen Weg!'.“ Müller kündigte an, dass es auch in Zukunft ähnliche Informationskampagnen der hessischen CDU geben werde.

Von dem politischen Gegner war nach Darstellung von Müller während der CDU-Kampagne nichts zu hören. Für die SPD sei das Tempo der von der Koalition betriebenen Politik offenkundig zu hoch. Die Sozialdemokraten seien weder inhaltlich noch organisatorisch in der Lage, mit der CDU und der Regierungskoalition mitzuhalten. Sie hätten die Wahlniederlage im Februar noch immer nicht verkraftet, geschweige denn Konsequenzen daraus gezogen.

Mängel im Personenverkehr

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg), erklärte aufgrund sich häufender Beschwerden über das Personenfernverkehrsangebot zwischen Hamburg und Berlin:

Im Personenverkehr zwischen Hamburg und Berlin bestehen offensichtlich erhebliche Mängel. Fahrgäste klagen immer häufiger über ein unzumutbares Beförde-

rungsangebot der Deutschen Bahn AG. Zum einen ist das frühe Zeitfenster als Bahnangebot zwischen den beiden größten deutschen Metropolen absolut unzureichend. Der letzte Zug von Hamburg nach Berlin an einem Wochentag fährt um 21:04 Uhr, mit Fahrtziel Hamburg letztmals ab Berlin Zoologischer Garten sogar bereits um 20:34 Uhr.

Mutige Steuerreform würde den Bundeshaushalt entlasten

Zur aktuellen Diskussion um die Haushaltsauswirkungen der mit einer erheblichen Nettoentlastung verbundenen Steuerreformvorschläge der Union erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Dieterich Austermann:**

Die Grundlinien des CSU-Vorschlags für eine tiefgreifende Steuerreform – deutliche Absenkung der Steuersätze, Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und kräftige Nettoentlastung der Steuerzahler – finden die uneingeschränkte Zustimmung der CDU. Diskussionsbedarf gibt es lediglich mit Blick auf Einzelfragen, beispielsweise hinsichtlich der Höhe des Eingangssteuersatzes. Die unqualifizierten Diffamierungsversuche des Bundesfinanzministers, der sich genötigt sieht, von „Monopoly“ zu reden, gehen fehl. Offensichtlich will er mit Angriffen auf die Union die eigene, an seinem „Spar-konzept“ zweifelnde Truppe der rot-grünen Koalition hinter sich scharen. Die haushaltmäßigen Auswirkungen einer mutigen Steuerreform sind entgegen den dumpfen Beschwörungsformeln des Finanzministers durchweg positiv:

Andere Länder sind viel mutiger als wir

1. Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Neuseeland haben beispielsweise vor Jahren eine solche mutige Steuerreform durchgeführt. Heute verzeichnen diese Staaten erhebliche Steuermehreinnahmen; ihre Haushalte sind ausgeglichen oder weisen sogar Überschüsse aus. Erhöhungen der Haushaltsdefizite

traten in diesen Ländern allenfalls kurzfristig auf.

2. Auch die Erfahrungen mit der 3-stufigen Steuerreform 1986/1988/1990 des damaligen Finanzministers Gerhard Stoltenberg beweisen das Gegenteil der Kassandrarufer von Hans Eichel: Obwohl den Bürgern im Zuge der Steuerreform über 100 Mrd. DM zurückgegeben wurde, wies der Haushalt 1989 nur noch eine Nettokreditaufnahme von 19 Mrd. DM auf. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 3 Millionen an. Ohne die Lasten der – von uns allen begrüßten – Wiedervereinigung hätten wir bereits in der ersten Hälfte der 90er Jahre ausgeglichene Haushalte vorlegen können.

Tiefgreifende Steuerreform würde Schwarzarbeit unattraktiv machen

3. Eine mutige Steuerreform, die das Ausweichen in Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft weniger attraktiv macht, hat bereits kurzfristig erhebliche Selbstfinanzierungseffekte. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes hat die Schattenwirtschaft einen Anteil von ca. 15 Prozent am deutschen Bruttoinlandsprodukt, das sind rund 600 Mrd. DM. Bei einer Steuerquote von ca. 22 v. H. kann sich jeder selbst ausrechnen wie hoch die Selbstfinanzierungsquote einer Steuerreform ist, die den Anteil der Schattenwirtschaft um ein, zwei oder mehr Prozent zurückdrängt.

4. Hans Eichel entpuppt sich hier als „Bedenkenträger der Nation“, er wird den dynamischen Abläufen in unserer Volkswirtschaft offenkundig nicht gerecht.

Durch Ausgliederung gewonnene Mittel für BAföG-Reform nutzen

Anlässlich der Haushaltsberatung im Bundestagsausschuss für Bildung und Forschung erklärt der stellvertretende bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Rachel:

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn will erstmals mit dem Bundeshaushalt 2000 die BAföG-Darlehen in Höhe von rund einer halben Milliarde DM nicht mehr aus dem Bundeshaushalt nehmen, sondern von der Deutschen Ausgleichsbank bezahlen lassen. Durch die Ausgliederung dieser Kosten zur Deutschen Ausgleichsbank fällt eine gesetzlich vorgesehene Leistung im Haushalt des Bildungs- und Forschungsministeriums weg. Die Mittel bleiben aber verfügbar. Im Bundeshaushalt sind lediglich noch 66 Millionen DM für BAföG-Zinszuschüsse und die Erstattung von Darlehensausfällen an die Deutsche Ausgleichsbank ausgewiesen.

Mittel an anderer Stelle verfrühstückt

Wir fordern, dass wenigstens ein Teil der durch die Umschichtung zur Ausgleichsbank im Bundeshaushalt freierwerdenden 549 Millionen Mark für eine durchgreifende Verbesserung des BAföGs genutzt werden. Dies will die rot-grüne Regierungskoalition nachweislich ihres vorgelegten Haushaltsentwurfs nicht. Und dies, obwohl sie eine große BAföG-Reform angekündigt hat. Stattdessen werden die Mittel an anderer Stelle verfrühstückt. Genau das ist der strategische Fehler von Bildungsministerin Bulmahn. Denn wie will sie angesichts der langfristigen Streichpläne von Finanzminister Eichel in den kommenden

Jahren „fresh money“ für eine BAföG-Reform bekommen?

Die BAföG-Bezieher haben ein moralisches Recht darauf, dass die durch die Finanzoperation freiwerdenden BAföG-Mittel mindestens zum Teil für die versprochene BAföG-Reform genutzt werden. Hier ver-sagt die Bundesbildungsministerin.

Sang- und klanglose Verschiebung ein Skandal

Aus diesem Grund hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Haushaltsberatungen im Bundestagsausschuss für Bildung und Forschung beantragt, dass ein wesentlicher Teil der bei der Ausgliederung freiwerdenden Millionenbeträge für eine Erhöhung der BAföGs genutzt werde. Ziel einer solchen BAföG-Reform soll es sein, die Zahl der BAföG-Geförderten zu erhöhen.

Zu Recht hat der Präsident des Deutschen Studentenwerks, Prof. Hans-Dieter Rinkens, das Herausschieben der großen BAföG-Reform kritisiert: „Die sang- und klanglose Verschiebung der BAföG-Reform ist ein Skandal.“

Bessere Zukunftschancen für die junge Generation

Ernüchtert hat das Studentenwerk festgestellt: „Offenbar setzt Ministerin Bulmahn ihre Prioritäten nicht im Bereich der Ausbildungsförderung. Hier fehlt der politischen Wille, der jungen Generation in Deutschland bessere Zukunftschancen zu verschaffen.“ Recht hat das Studentenwerk.

Keine Richterschelte – aber Diskussion im Detail

Anlässlich des 17. Deutschen Richtertages erklärte der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Minister a.D. Herbert Helmrich MdL:

Der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Rainer Voss, baut mit seinen jüngsten Vorwürfen gegenüber der Politik einen Watschenmann auf, den es nicht gibt. Wir sehen keine generelle Justiz- oder Richterschelte. Die Rechtsprechung in ihren verschiedenen Bereichen muss differenziert betrachtet werden. Der Zivil-, Arbeits-, Sozial-, Straf-, Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit liegen unterschiedliche Lebenssachverhalte zugrunde, die auch eine verschiedenartige rechtliche Würdigung erfordern. Wenn aber ein Urteil in die Diskussion gerät, muss dies in einem freien Land möglich bleiben und nicht mit Totschlagargumenten – wie dem Anprangern von Richterschelte – beantwortet werden.

In Mecklenburg-Vorpommern ist erst wieder ein 16-jähriger jugendlicher Serientäter auf freien Fuß gesetzt worden. Erst nach öffentlichen Diskussionen und Beziehung sämtlicher Akten ist ein Haftbefehl ergangen. Nach einer Fahndung konnte der Jugendliche schließlich nach mehreren Tagen festgesetzt werden. Über solche Fälle muss auch in Zukunft eine Diskussion möglich bleiben.

Der BACDJ begrüßt die von Prof. Dr. Herbert Ostendorf getroffenen Ausführungen zum Schwerpunktthema Jugendstrafrecht insoweit, als auf kriminelle Taten für Jugendliche eine unmissverständliche und schnelle strafrechtliche Reaktion erfolgen muss. Schnelle Verfahren nach der Tat

sind in der Regel wichtiger als hohe Strafen. Der BACDJ spricht sich deshalb erneut für die Anwendung des beschleunigten Strafverfahrens (§§ 417 ff. StPO) auch auf Heranwachsende aus. Der häufige Ruf nach beschleunigten Verfahren wird auch von vielen Richtern unterstützt und hat auch mit Justiz- oder Richterschelte nichts zu tun.

Die CDU kritisiert in diesem Zusammenhang aber auch die Rechtsprechung, wonach Generalprävention im Jugendstrafrecht keine Rolle spielen dürfe, also die Abschreckung anderer Jugendlicher nicht zum Zwecke der Jugendstrafe gehören soll. Das ist Kritik an ganz bestimmten obergerichtlichen Urteilen und keine Justiz- oder Richterschelte. Strafbare Handlungen werden aus der Clique und dem Umfeld gelernt und nachgeahmt. Wenn die Clique und das Umfeld erleben, dass Straftaten keine oder fast keine Konsequenzen haben, wird die Gefahr der Nachahmung und des Mittuns größer. Deshalb darf es nicht nur um die Erziehung und Besserung des einzelnen Täters gehen, vielmehr muss eine schnelle und auch für andere wahrnehmbare Reaktion des Staates auch die Clique und das Umfeld erreichen und abschrecken. Dieses könnte helfen, die Zunahme der Kinder- und Jugendkriminalität zurückzudrängen.

Wer mit 18 Jahren volljährig ist, muss für seine Straftaten grundsätzlich auch die volle Verantwortung tragen. Täter ab 18 Jahren sollen deshalb nur bei Vorliegen besonderer Gründe nach dem Jugendstrafrecht bestraft werden. Bei Straftaten Heranwachsender (18 bis 21 Jahre) muss das

Importverbot für britisches Rindfleisch beibehalten

Zu den neuen Entwicklungen beim Thema BSE und der Verschiebung einer obligatorischen Rindfleischetikettierung um drei Jahre erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Seehofer:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung dringend auf, das Importverbot für britisches Rindfleisch aufrecht zu erhalten. Dies erfordert nicht nur das neue französische BSE-Gutachten, welches Hinweise darauf enthält, dass die Rinderkrankheit BSE mehr Gewebe und Organe befallen kann, als bisher vermutet. Es ist auch eine notwendige Konsequenz aus der Entscheidung der EU-Kommission, die für den 1. Januar 2000 geplante obligatorische Rindfleischetikettie-

rung nunmehr erst ab dem Jahre 2003 in der Europäischen Union einzuführen. Damit wird den Konsumenten die Freiheit genommen, sich an der Läden- und Metzgerei für sicheren Verbraucherschutz zu entscheiden. Der bereits heute geltende freiwillige Herkunftsnachweis ist dazu nicht ausreichend.

Anlass zur Sorge gibt auch die Tatsache, dass die Zahl der an BSE erkrankten Tiere in Großbritannien trotz der Bemühungen der britischen Regierung langsamer zurückgeht als erwartet. Die hohe Zahl der Neuerkrankungen im laufenden Jahr, die bereits Anfang September bei mehr als 1500 Tieren lag, lässt vermuten, dass es möglicherweise noch unbekannte Möglichkeiten der Übertragung der Erregerkrankheit BSE gibt.

Fortsetzung von Seite 9

Erwachsenenstrafrecht stärkere Anwendung finden. Sinn und Wortlaut des § 105 Abs. 1 JGG normieren das Erwachsenenstrafrecht für Heranwachsende als Regelanwendung. Die heutige Praxis der Gerichte, auf diese Fälle zumeist nur Jugendstrafrecht heranzuziehen, verkehrt den Sinn des § 105 Abs. 1 JGG ins Gegenteil. Eine klare Trennung in der Anwendung von Erwachsenenstrafrecht und Jugendstrafrecht ist auch zum Schutze jugendlicher Täter geboten, die durch den gemeinsamen Strafvollzug mit Älteren erheblichen Schaden erleiden können. Auch dies ist ein konkretes Anliegen des BACDJ, das wir für diskussionswürdig halten und hat auch mit genereller Justiz- oder Richterschelte nichts zu tun.

Neueste Untersuchungen haben gezeigt, dass die seit Anfang der 70er Jahre propagierte offene Erziehung bei jugendlichen Serientätern in der Praxis gescheitert ist. Die geschlossene Heimerziehung (nach § 71 Abs. 2 JGG möglich) hat sich dagegen für diese Gruppe als pädagogisches Konzept bewährt. Der akute Mangel an Heimplätzen muss behoben werden. Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz anerkannte Einrichtungen und Träger sind in ihrer Bereitschaft zu einer auch geschlossenen Heimunterbringung zu fördern. Die Regelung des § 71 Abs. 2 JGG, der in der geltenden Fassung die Anordnung einer Unterbringung im geschlossenen Heim lediglich ermöglicht, muss schnellstmöglich in eine Sollvorschrift umgewandelt werden.

RENTE MIT 60

Nackter Wahnsinn

Nun also doch die Rente mit 60? An die Regierung zu appellieren, sich das noch einmal zu überlegen, wird wenig Sinn haben. Ökonomische Vernunft ist eine Kategorie, von der sich die Bundespolitik für vier Jahre verabschiedet hat. In der Pflicht aber sind nun die Arbeitgeberverbände. Wenn sie sich dazu hergeben, der Einrichtung von Tariffonds zur Finanzierung der Rente mit 60 zuzustimmen, dann verliert die Wirtschaft jede Legitimation, die Qualität des Standorts Deutschland zu beklagen.

Frankfurter Allgemeine

VERMÖGENSABGABE

Idee von gestern

In kernigen Slogans sind die Sozialdemokraten meistens gut. Für ihren Leitartikel zum Parteitag im Dezember ist ihnen der schöne Schlusssatz „Zukunft braucht Mut“ eingefallen. ...

In gewollter Vagheit lässt der Antrag offen, ob die Regierung ihr soziales Gewissen mit einer Vermögensteuer, einer höheren Erbschaftsteuer oder einer Vermögensabgabe beruhigen soll. Gegen jede Variante haben Finanzwissenschaftler in den vergangenen Wochen überzeugende Sachargumente vorgetragen. Die fiskalische Belastung von Vermögen ist verfassungsrechtlich heikel, sie ist unergiebig, und sie provoziert regelmäßig erfolgreiche steuerliche Vermeidungsstrategien, die die Gerechtigkeit im Lande nicht erhöhen.

Die Zeit

EIN JAHR SCHRÖDER

Armutszeugnis

Aber was hat die SPD in den vergangenen zwölf Monaten getan, damit sich Arbeit und Unternehmertum mehr lohnen? Die Lohnnebenkosten sind auf viel zu hohem Niveau allenfalls stabilisiert, die Einkommens- und Unternehmenssteuerreform auf die lange Bank geschoben. Die Neuregelung der 630-

Mark-Jobs kostet Betriebe und Beschäftigte eine Menge Geld, die Maßnahmen gegen „Schein“-Selbständigkeit legen manchem ungerechtfertigt Steine in den Weg. Die Arbeitslosenstatistik zeigt deutlich: Investieren und arbeiten lohnt sich nicht mehr als vor dem Wechsel. **Kölner Stadt-Anzeiger**

GEWERKSCHAFTEN

50 Jahre DGB

Die Zukunft der deutschen Gewerkschaften hängt heute an den wenigen „Großen“, die sich die „Kleinen“ mit mehr oder minder sanften Methoden einverleibt haben und noch einverleiben werden. Danach wird von den einst 16 Einzelgewerkschaften nur eine Hand voll übrig bleiben. Bisher ist allerdings von keiner Fusion ein politisches Signal zum Aufbruch und Ausbruch aus den erstarrten Strukturen und Ritualen ausgegangen. Keine der neuen Mega-Gewerkschaften ist attraktiver geworden, schon gar nicht für die junge Generation. Die Gremien und die Mitarbeit in ihnen blieben unverändert; die Fahnen sind immer noch rot und die „rechten“ und „linken“ Lager unverrückt. Es ist erstaunlich, welch verstaubter Konservatismus sich in den deutschen Gewerkschaften in Ost und West hält. Und welche Angst vor Veränderung herrscht.

Frankfurter Rundschau

EUROPA

Provinzfürsten

Die ehemalige EU-Kommissarin und künftige europapolitische Beraterin von Bundeskanzler Gerhard Schröder, Monika Wulf-Mathies, hat dessen Europapolitik scharf kritisiert. In einem Beitrag für „Die Zeit“ schrieb die SPD-Politikerin und frühere ÖTV-Vorsitzende, nach dem Abtritt Helmut Kohls regierten Politiker, deren Europa-Erfahrung „allein eine innenpolitische, bisweilen gar provinzielle“ sei. Für diese Politiker sei Europa vor allem ein Störenfried und eine Beschränkung eigener Souveränität. **Hannoversche Allgemeine**

CDU-Antrag gegen künstlerfeindliche Haushaltsgesetze

Zur parlamentarischen Beratung der von der Bundesregierung eingebrachten Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes erklärte der Kultur- und Medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Lammert:

Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages lehnt die beantragte Absenkung des Bundeszuschusses zur Künstlersozialkasse sowie die Vereinheitlichung der Abgabesätze für die Sparten Wort, bildende Kunst, Musik und Literatur ab. Mit dieser Gesetzes-Initiative im Rahmen des Haushaltssanierungsgesetzes wird die erklärte Absicht der Koalitionsvereinbarung zur Verbesserung der Künstlersozialversicherung gleich im ersten Anlauf auf den Kopf gestellt:

Das Verfahren dieser Gesetzesänderung ohne vorherige Anhörung der Verbände ist ungewöhnlich, der Kontext der Haushaltssanierung unangemessen, die Datenbasis unzureichend, die tatsächlichen Problemstellungen in der Entwicklung der Künstlersozialkasse sind unberücksichtigt und das Ziel einer „Verbesserung der sozialen Absicherung“ wird konterkariert.

So auch die einhellige Kritik des Deutschen Kulturrates, des Bundesverbandes Deutscher Galerien, des Bundes Bildender Künstler, des Börsenvereins des Deutschen

Buchhandels, des Deutschen Musikrates, des Deutschen Bühnenvereins sowie der IG Medien anlässlich des gestrigen Expertengesprächs im Ausschuss für Kultur und Medien.

Deshalb hat die Unionsfraktion in den beteiligten Ausschüssen des Bundestages den nachfolgenden Antrag eingebracht:

Antrag der Arbeitsgruppe KULTUR UND MEDIEN der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Kultur und Medien Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG)

Der Ausschuss möge beschließen:

- 1.** Die Absenkung des Bundeszuschusses zur Künstlersozialkasse sowie die Vereinheitlichung der Abgabesätze der Sparten Wort, bildende Kunst, Musik und Literatur durch Änderung des KSVG im Rahmen des Haushaltssanierungsgesetzes werden abgelehnt.
- 2.** Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Entwurf einer Novelle des KSVG zur Reform der Künstlersozialkasse vorzulegen, nachdem die hierfür notwendigen aktuellen Daten sorgfältig erhoben und die betroffenen Verbände insbesondere auch zur sachgerechten Abgrenzung der Beitragspflichten und Rechtsansprüche angehört worden sind.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Rot-Grün verhindert steuerliche Entlastungen im Gastgewerbe

Zur abschließenden Beratung des Antrags der CDU/CSU-Fraktion „Harmonisierung der gastgewerblichen Mehrwertsteuersätze in der Europäischen Union“ im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages erklärten die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen Finanzen und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt, und Klaus Brähmig:

Die Hoffnungen auf baldige steuerliche Entlastungen für das deutsche Hotel- und Gaststättengewerbe haben sich zerschlagen. Die Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für niedrigere Mehrwertsteuersätze für Beherbergungsbetriebe sowie für einen höheren Freibetrag bei der Besteuerung von Trinkgeldern fanden im Finanzausschuss keine Unterstützung bei der rot-grünen Regierungskoalition. Damit lässt die SPD ihren eigenen Bundeswirtschaftsminister im Stich, der sich wiederholt öffentlich für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz als „Zwischenregelung“ bis zur EU-weiten Steuerharmonisierung ausgesprochen hat. Sie hat offensichtlich auch wieder einmal ihre eigenen Wahlversprechen vergessen, zu denen eine völlige Abschaffung der Trinkgeldbesteuerung gehörte.

Steuerliche Nachteile

Deutschland ist als Reise- und Urlaubsziel im international immer schärfer werdenden Preis- und Leistungswettbewerb nicht nur durch hohe Lohn- und Lohnnebenkosten, sondern auch gravierend durch die Anwendung des vollen Mehrwertsteuersatzes im Gastgewerbe benachteiligt. Fast alle anderen EU-Mitgliedsstaaten sowie

auch z.B. die Schweiz und Ungarn gewähren der Hotellerie einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz. Erfahrungen in der Schweiz und in Irland zeigen, dass Senkungen dieses Steuersatzes nach nur anfänglichen Mindereinnahmen schon bald zu Umsatzsteigerungen, neuen Arbeitsplätzen und Steuermehreinnahmen führen. Eine Chance für das deutsche Gastgewerbe, diesen Zusammenhang auch bei uns unter Beweis zu stellen, will die Bundesregierung offensichtlich mit allen Mitteln verhindern.

CDU-Antrag auf höheren Steuerfreibetrag abgelehnt

SPD und Grüne haben sich auch klar gegen die Erhöhung des Steuerfreibetrages für Trinkgelder von derzeit 2.400 DM auf 3.600 DM gestellt. Die CDU/CSU-Fraktion wollte mit dieser Initiative einen Beitrag zur Erhöhung der Service- und Dienstleistungsbereitschaft in der Gastronomie leisten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Gaststättengewerbes steigern. Diese Branche ist wie kaum eine andere zur Erbringung ihrer Leistung auf motiviertes, gut geschuldetes und freundliches Personal angewiesen.

Obwohl auch in anderen Dienstleistungsberufen wie z.B. bei Friseuren und Taxifahrern Trinkgelder die Regel sind, werden sie in erster Linie im gastronomischen Bereich besteuert. Diese Benachteiligung im Vergleich zu anderen Branchen, wäre durch eine Anhebung des Freibetrages abgebaut worden. Zugleich wäre ein Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung geleistet worden.

Zukunftsinvestitionen: Fehlanzeige

Zu den Änderungsanträgen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Wirtschaftshaushalt 2000 erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher Gunnar Udall:

Entgegen allen Ankündigungen der Regierung, ein „Zukunftsprogramm“ vorlegen zu wollen und jährlich eine Milliarde DM zusätzlich für Bildung und Forschung zu investieren, kürzt Bundeswirtschaftsminister Müller besonders bei der Forschungsförderung.

Einige markante Beispiele:

Für den sog. 2. Arbeitsmarkt und das wenig zielführende 100.000-Stellen-Programm für Jugendliche werden dagegen hohe Milliardenbeträge ausgegeben.

Mit einer solchen falschen Schwerpunktsetzung ist keine Belebung der Wirtschaft und kein Aufschwung am Arbeitsmarkt zu erreichen. Dies zeigen die aktuellen Arbeitsmarktzahlen deutlich – während noch im vergangenen Jahr die Arbeitslosenzahl im September um 150.000 Personen gesunken war, gab es in diesem Jahr einen Rückgang um nur gut 80.000.

Einzeltitlel/Programm	Ansatz	Soll 1999	Ist 1998
● Erneuerbare Energien (Forschung) und rationelle Energieverwendung (Investitionen)	120.000	149.100	145.200
● Sicherheitsforschung Kerntechnik	70.000	105.000	81.500
● Forschungskoope-ration/ Innovationskomp.	50.000	56.000	70.000
● Forschungskoope-ration/ Innovationskomp.	242.000	300.000	270.300
● Forschung und Entw. in den neuen Ländern	255.000	270.000	270.000

Insgesamt sinken die Ansätze des BMWI für Forschungsförderung (Titelgruppen 3 und 5) im Jahr 2000 um 145 Mio. DM gegenüber 1999 und um 108 Mio DM gegenüber 1998. Außerdem musste die Forschungsförderung schon in diesem Jahr aufgrund einer Haushaltssperre in Höhe von 12%, die schon gut einen Monat nach dem Beschluss über den Haushalt 1999 verhängt wurde, erhebliche Einschnitte in Höhe von 98 Mio. DM hinnehmen.

Gleichmäßiges, phantasieloses Sparen in allen Einzeltiteln, keine Schwerpunktsetzung für Zukunftsinvestitionen – das sind die Merkmale des Wirtschaftshaushalts.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird deshalb in den Beratungen zum Wirtschaftshaushalt folgende Änderungen beantragen:

- Weiterführung des FUTOUR-Programms zur Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen in den neuen Ländern. Hierfür sollen im Jahr 2000 40 Mio. DM und in den Folgejahren jeweils 20 Mio. DM eingestellt werden.

- Stärkung der industriellen Gemeinschaftsforschung durch Aufstockung des Ansatzes um 15 Mio. DM.

Hans-Gert Pöttering:

Klarer Zeitplan für Beitritt Polens zur Europäischen Union

Das Jahr 2003 hat der Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, als möglichen und realistischen Zeitpunkt für den Beitritt Polens und anderer mitteleuropäischer Staaten während eines Besuchs in Warschau bezeichnet.

Pöttering setzte sich für einen klaren Zeitplan für den Erweiterungsprozess ein, damit die Dynamik des Prozesses nicht verloren gehe. „Es ist noch ein großes Arbeitspensum sowohl in den Beitrittsländern als auch seitens der Europäischen Union zu bewältigen“, sagte Pöttering. In bestimmten Bereichen wie der Agrarpolitik, dem Umweltschutz und der Freizügigkeit der Arbeitnehmer müsste auch mit längeren Übergangsfristen gerechnet werden.

Pöttering, der in Warschau Gespräche mit dem Präsidenten der Republik Polen, Alexander Kwasniewski, Premierminister Jerzy Buzek, Außenminister Bronislaw

Geremek und führenden Vertretern der beiden Koalitionsparteien „Wahlaktion Solidarnosc“ (AWS) und der „Freiheitsunion“ (UW) geführt hat, betonte das vitale politische Interesse der Europäischen Union an der Erweiterung und insbesondere dem baldigen Beitritt Polens. „Die Menschen in Polen haben den Anstoß gegeben für die Überwindung der kommunistischen Herrschaft in Mitteleuropa. Heute ist Polen ein Land mit einer großen wirtschaftlichen Dynamik, das wirtschaftlich und politisch einen wichtigen Beitrag zur Fortentwicklung von Frieden und Wohlstand in Mitteleuropa und für die Fortentwicklung der Europäischen Union leisten kann“, erklärte Pöttering. Die EVP/ED-Fraktion sehe es als größte Fraktion im Europäischen Parlament deswegen als politische Priorität an, den Erweiterungsprozess zu begleiten und intensiv voranzutreiben.

Der Redetext befindet sich auch in unserem Internet-Angebot www.edu.de unter dem Stichwort „Wochenthema“.

● Bei der Luftfahrtforschung darf der Bund seinen Finanzierungsanteil nicht zu Lasten der Länder reduzieren.

● Mit zusätzlich 10 Mio. DM sollen die Investitionen in überbetriebliche Fortbildungseinrichtungen gestärkt werden.

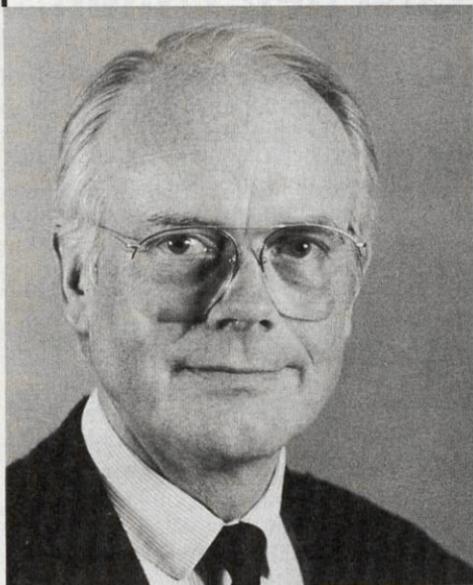
● Zur Stärkung gerade der mittelständischen Exportwirtschaft soll die Kürzung des Zuschusses für Auslandsmessen um 10 Mio. DM zurückgenommen werden.

● Um gegen die Konkurrenz besonders aus Südostasien bestehen zu können, sol-

len die Werfthilfen weniger als geplant gekürzt werden. Für 2000 sind die Mittel um 20 Mio. DM anzuheben und auch für die Folgejahre müssen Mittel bereitgestellt werden.

● In den neuen Ländern müssen auch in den kommenden Jahren Investitionen angemessen gefördert werden können. Deshalb sollen die Verpflichtungsermächtigungen für die regionale Wirtschaftsförderung um je 100 Mio. DM in den Jahren 2001 bis 2003 aufgestockt werden.

Der Tod von Otfried Hennig macht uns traurig und betroffen



Zum Tod von Dr. Otfried Hennig erklärt der Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Dr. Wolfgang Schäuble:

Die Nachricht vom Tode Otfried Hennigs macht uns traurig und betroffen. Seit seiner Jugend hat sich Hennig für

die christdemokratische Politik eingesetzt und ihr sein gesamtes Berufsleben gewidmet. Bis zuletzt wirkte er trotz schwerer Krankheit als Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung. Für die Einigung der christlich-demokratischen Kräfte in Europa und in der Welt hat er sich mit Tatkraft und Weitblick eingesetzt.

Sowohl als langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages sowie als Parlamentarischer Staatssekretär war Hennig ein engagierter Deutschland-Politiker, der sich dem Ziel der Wiedervereinigung und dem europäischen Gedanken gleichermaßen verpflichtet fühlte.

In Schleswig-Holstein hat sich Hennig als Landes- und Fraktionsvorsitzender um die Erneuerung und Stärkung der Partei in schwieriger Zeit besondere Verdienste erworben.

Stets hat er die Sache christdemokratischer Politik auf vorbildliche Weise vertreten – mit klarem Blick, zielstrebig und unprätentiös. Dafür ist ihm die gesamte CDU Deutschlands dankbar: Sie wird Otfried Hennig ein ehrendes Andenken bewahren.

OMV: Bundestagung in Berlin

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU lädt ein zur Bundesdelegiertenversammlung am 12./13. November 1999 in Berlin. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Wahl des Vorstandes. Der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble wird zu den Delegierten sprechen. Über die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen referiert Heinrich Kroll, Abgeordneter der deutschen Minderheit im polnischen Sejm.

Ganztagsschulen – aber nicht zu Lasten der Haupt- und Realschulen

Etwa 130 Delegierte und Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet trafen sich vom 24.-26. September in Lübeck zur Bundesschülertagung der Schüler Union Deutschlands. Neben inhaltlichen Diskussionen um neue Inhalte im Verband konnte der SU-Bundesvorsitzende, Philipp Mißfelder (20, Bochum), auch den Hamburgischen CDU-Fraktionsvorsitzenden, Ole von Beust MdHB, die Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Hildegard Müller, sowie den Kandidaten um das Amt des Bürgermeisters der Hansestadt Lübeck, Hans-Achim Roll, begrüßen.

Ole von Beust sprach in seiner Rede an, dass die CDU sich mit bildungspolitischen Inhalten auseinandersetzen müsse, die innerhalb der Partei bislang noch nicht im Mittelpunkt der Diskussion gestanden hätten. Ihm sei auch wichtig, dass Gesamtschulen keine dogmatische Anti-Haltung entgegengebracht werde, sondern das Angebot zu einem gerechten Wettbewerb. Dieser, so von Beust, könne jedoch nicht unter ungleichen Voraussetzungen geführt werden. Er akzeptiere es nicht, dass Gesamtschulen für weniger Qualität in der Ausbildung sowohl mehr finanzielle als auch mehr ideologische Unterstützung erhielten. Opfer dieser einseitigen Bevorzugung seien Haupt- und Realschulen, deren Absolventen dadurch geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten.

Auch die Bundesvorsitzende der Jungen Union, Hildegard Müller, mahnte dringend notwendige Reformen im Bereich Bildung an. Es gebe neben der Bildung kein Thema, welches dermaßen entscheidend für die Zukunftschancen der jungen

Generation seien. Dass die Bundesregierung in diesem Bereich – wie in vielen anderen Punkten auch – versage, sei unübersehbar. Noch vor der Wahl habe es geheißen, Schröder wolle den Bildungsetat „mittel- bis langfristig“ verdoppeln – „ein ehrgeiziges Ziel“, so die JU-Chefin, „welches man mit einer Kürzung des Etats um eine Milliarde DM sicher nicht erreichen wird.“

Der Kandidat um das Amt des Bürgermeisters der Hansestadt Lübeck, Hans-Achim Roll, begrüßte die Schüler in der Hansestadt und informierte Delegierte und Gäste über Wahlkampfthemen aus Lübeck.

Bundesschülertagung der Schüler Union in Lübeck

Durch seine langjährige Tätigkeit im Kanzleramt und enger Mitarbeiter von Helmut Kohl konnte er diese Themen mit Bonner Erfahrung anreichern. Die Umwandlungen von Gymnasien oder Realschulen in Gesamtschulen, wie die SPD es im Frühjahr versucht habe, werde es in Lübeck mit ihm als Bürgermeister jedoch nicht geben.

In seinem Schlusswort sprach der Bundesvorsitzende Philipp Mißfelder auch die gute Kooperation mit der CDU, der JU und dem RCDS an. Die Beziehungen zwischen den einzelnen Verbänden habe sich erheblich gebessert. Dies hätten sowohl die JU-Bundesvorsitzende Müller als auch der RCDS-Bundesvorsitzende Mario Voigt auf der Bundesschülertagung bestätigt. „Die Schüler Union Deutschlands befindet sich im Aufwind“, rief er den Delegierten zu.

Überproportionale Kürzungen der Bundesregierung sind verantwortungslos

Bevölkerungspolitische Forderungen anlässlich des „Tages der 6 Milliarden“

Die Weltbevölkerung ist in diesen Tagen auf sechs Milliarden angestiegen. Jährlich kommen rund 78 Millionen Menschen hinzu. Das Weltbevölkerungswachstum erschwert Entwicklung, führt zu Armut und Ressourcenverknappung und verschärft die globalen Probleme.

Die Regierung Schröder plant, die Budgets für die bevölkerungspolitische Entwicklungszusammenarbeit überproportional zu kürzen. So ist vorgesehen, die deutschen Beiträge für den UN-Bevölkerungsfonds UNFPA bereits im Jahre 2000 um 55 Prozent zu kürzen. In der mittelfristigen Haushaltsplanung der Bundesregierung sind weitere drastische Kürzungen auf diesem Gebiet vorgesehen. Der CDU-Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik lehnt dies ab.

Bevölkerungspolitik, Familienplanung und die Stärkung der Stellung der Frau in den Entwicklungsländern sind Kernelemente der Globalen Zukunftssicherung. Die Instrumente zu ihrer Verwirklichung müssen gestärkt und nicht verringert werden. Deutschland darf sich seiner Verantwortung für die Verwirklichung des Aktionsplans der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994 nicht entziehen. Der CDU-Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik fordert die Bundesregierung daher auf:

1. Die deutschen Finanzmittel zur Verwirklichung der Beschlüsse der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994 müssen entsprechend den Beschlüssen des Deutschen Bundestages erhöht werden.

2. Die überproportionalen Kürzungen deutscher Beiträge für den UN-Bevölkerungsfonds UNFPA sind verantwortungslos und falsch. Entsprechendes gilt für deutsche Beiträge zum Internationalen Familienplanungsverband IPPF (International planned parenthood association). UNFPA und IPPF kommt bei der Verwirklichung des Kairoer Aktionsplans eine besondere Bedeutung zu.

3. Die deutsche und die europäische Entwicklungszusammenarbeit muss der in Kairo 1994 übereinstimmend festgestellten Vernachlässigung der Jugend in Entwicklungsländern mit einem europäischen Programm für die Jugend in Entwicklungsländern entgegenwirken. Vorrangig sind hierbei Bildung, Maßnahmen der reproduktiven Gesundheit inkl. Familienplanung und

Erklärung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik der CDU Deutschlands

Sexualaufklärung sowie arbeitsschaffende Maßnahmen wie ein Sonderprogramm mit Kleinstkrediten für unternehmerische Betätigungen junger Menschen in Entwicklungsländern.

Die von der Regierung Schröder vorgesehenen Kürzungen auf dem Gebiet der Weltbevölkerungspolitik sind keine Spar-

Helmut Kohl besucht Israel

Der israelische Staat und wichtige Institutionen des Landes werden auf dieser von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Reise den Beitrag des ehemaligen Bundeskanzlers für die deutsch-israelischen Beziehungen würdigen. Während seines Aufenthaltes wird Helmut Kohl auch mit Spitzenrepräsentanten der israelischen Politik zusammentreffen.

Vorgesehen sind Begegnungen mit Staatspräsident Ezer Weizmann, Premierminister Ehud Barak, dem ehemaligen Premierminister Shimon Peres sowie Lea Rabin. Ebenso sind Gespräche mit Oppositionsvertretern und Repräsentanten der christlichen Kirchen geplant. Das renommierte Weiz-

mann – Institut wird aus Anlass seines 50-jährigen Jubiläums Helmut Kohl die Ehrendoktorwürde verleihen. In der Knesset, dem israelischen Parlament erhält Helmut Kohl als erster Politiker überhaupt den Teddy-Kollek Award.

In Jerusalem wird Helmut Kohl den Grundstein für das künftige Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum legen. Das im Herzen von Jerusalem gelegene Zentrum wurde gemeinsam von der Jerusalem Foundation und der Konrad-Adenauer-Stiftung geplant. Auf Einladung der Hebräischen Universität Jerusalem wird Helmut Kohl in einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema „Israel, Deutschland, Europa-Partnerschaft für die Zukunft“ sprechen.

Das Adenauer-Haus stellt sich vor

In dieser kleinen Hausbroschüre des Konrad-Adenauer-Hauses finden Sie

Informationen über Aufgaben und Organisation der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Sie können diese Broschüre bestellen, unter der Fax-Nummer: 0228/544-482 in der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Bestell-Nr.: H632

maßnahmen, sondern eine zusätzliche Belastung künftiger Generationen.

Das Papier „Bevölkerungspolitische Forderungen anlässlich des Tages der 6 Milliarden“ des CDU-Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik kann in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Referat Entwicklungspolitik (Tel.: 0228/544-325, Fax: 0228/544-322), bestellt werden.



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



● Da isser wieder!!! CDU-Eiskratzer wieder im Angebot

Auf vielfachen Wunsch gibt es den aus vergangenen Jahren bekannten Eiskratzer in Trapezform wieder in unserem Versandzentrum: Der Erfolg dieses in Deutschland hergestellten Trapez-Eiskratzers basiert auf seiner besonderen Form, durch die der Druck optimal direkt auf die Scheibe weitergegeben wird.

Aktionstip!

Verteilen Sie jetzt auf Betriebs- Supermarktparkplätzen oder im Parkhaus den Eiskratzer – zusammen mit dem neuesten Info-Material. Das nützliche und sehr begehrte Werbematerial hinterläßt bei jedem Autofahrer einen positiven Eindruck!

Bestell-Nr.: **9890** · Verpackungseinheit: 100 Expl. · Preis je 100 Expl.: 89,00 DM

Bestellschrift per Post: IS-Versandzentrum · Postfach 1465 · 59306 Ennigerloh

Fax: 0 25 24/91 13 10 · **E-Mail:** cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

UiD

33/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon: (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profflich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.